

Migration: Mutter aller Probleme?

► Horst Seehofer hat im September 2018, als er noch Bundesinnenminister und CSU-Vorsitzender war, die Migration als „Mutter aller politischen Probleme“ in Deutschland bezeichnet. Befürworter einer Politik der offenen Grenzen deuteten diese Äußerung um zu der Behauptung, an allen Fehlentwicklungen in Deutschland seien „die Ausländer Schuld“.

Das ist selbstverständlich völlig unsinnig. Unterschieden werden muss zwischen der kritischen Auseinandersetzung mit der Migrationspolitik einer Regierung einerseits und andererseits mit Migranten und deren gutem oder schlechtem Verhalten, die ins Fremdenfeindliche abgleiten kann, es aber nicht muss und auch nicht sollte.

Die vor Ihnen liegende Druckausgabe von SIGNAL befasst sich mit dem ökonomischen Aspekt der deutschen Migrationspolitik der letzten Jahrzehnte. Der Themenkomplex „Migration“ erschöpft sich nicht in diesem Aspekt, kommt aber auch nicht ohne ihn aus. Falsch wäre es, alle Fragen, die mit der Migration zusammenhängen, auf's Ökonomische zu reduzieren.

Unübersehbar ist allerdings, dass die Migrationspolitik die deutsche ökonomische Krise beschleunigt hat. „Schuld“ daran sind nicht Migranten, sondern deutsche Politiker, die das Volk selbst gewählt, also demokratisch legitimiert hat. Und darüber müssen wir reden!

Manfred Rouhs



Wir müssen uns entscheiden, was wir wollen: Sozialstaat oder offene Grenzen. Beides zusammen geht nicht.

Wahlversprechen gebrochen:

Wo bleibt die Migrationswende, Herr Merz?

► Die Zahl der in Deutschland zu versorgenden Asylbewerber stagniert seit dem Amtsantritt der Regierung Friedrich Merz unbeweglich oberhalb von drei Millionen. Zurückweisungen an den deutschen Grenzen bleiben eine manchmal spektakulär medial und juristisch aufbereitete Ausnahme und werden nicht zur Regel. Merz & Co. setzen offenbar auf die Kraft des Vergessens und spekulieren womöglich darauf, dass der deutschen Öffentlichkeit das Thema langweilig werden könnte.

Das wird es aber leider nicht. Das stellt eine hochaktive Minderheit unter den drei Millionen + X sicher, die für Vollbeschäftigung bei der Polizei sorgt. Jede kommende Messertat ist ein weiterer Nagel im politischen Sarg der schwarz-roten Regierungskoalition.

Erinnern Sie sich noch an die drei Somalier, die im Sommer an der deutsch-

polnischen Grenze zurückgewiesen worden sind? Dank der Hilfe von „Pro Asyl“ haben sie gegen die deutschen Behördenmaßnahmen geklagt. Die Verfahren treten auf der Stelle. Die „Legal Tribune Online“ schreibt dazu:

„Das Prozessverhalten des Bundesinnenministeriums (...) deutet eher auf einen geordneten Rückzug hin. Jedenfalls nicht auf eifrige rechtliche Aufklärung.“

So wird das nichts mit der Migrationswende, Herr Merz!

In Bonn steht in diesen Tagen ein 30-jähriger Syrer vor Gericht, dem die Staatsanwaltschaft 19 Straftaten vorwirft. Er macht geltend, 2016 in Jordanien als „Geheimagent“ ausgebildet worden zu sein, um gegen das Assad-Regime in



Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

seiner Heimat zu kämpfen. Vier Jahre später kam er über die Türkei nach Deutschland. Seither lebt er in Asylunterkünften. Dortige widrige Umstände haben ihn nach seinen eigenen Angaben zum Messer-Täter werden lassen:

„Ich wurde verhext. (...) Von Freunden aus der Unterkunft, über das Essen.“

In der geschlossenen Abteilung einer einschlägigen Klinik war er mittlerweile auch schon. Insgesamt hat der deutsche Steuerzahler im letzten halben Jahrzehnt einen solide sechsstelligen Betrag in

die Entwicklung dieser Fachkraft für Agentengeschichten investiert.

Dem schaut der Berliner Politikbetrieb vor wie nach dem Regierungswechsel tatenlos zu und überlässt die Problemlösung Polizisten, Juristen und Irrenärzten.

Gastbeitrag von David Cohen:

Wohlstandsverlust durch Migration in Deutschland

Am 15. September 2025 sagte Thorsten Frei (CDU) in der 46. Minute der Sendung „Hart aber fair“: „Wenn wir 100.000 Menschen weniger im Bürgergeld-Bezug haben, dann sorgt das für eine Entlastung in der Staatskasse von 2-3 Milliarden Euro.“

Diese Aussage zeigt die enorme finanzielle Belastung durch nicht arbeitende Migranten. In Deutschland leben etwa 25 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, von denen geschätzt 4,5 Millionen nicht arbeiten und staatliche Unterstützung erhalten.

Diese Gruppe verursacht hohe direkte und indirekte Kosten und entzieht der Wirtschaft einen potenziellen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Auch die übrigen 20,5 Millionen Migranten, einschließlich naturalisierter Deutscher, verursachen indirekte Kosten durch die Nutzung von Infrastruktur und Dienstleistungen, verstärkt durch die Nachfrage nach neuem Wohnraum durch jährliche Zuwanderung.

Dieser Aufsatz berechnet die Kosten der 4,5 Millionen nicht arbeitenden Migranten, basierend auf Freis Aussage, kombiniert sie mit dem ver-



Friedrich Merz weiß, wie problematisch die Migratinspolitik ist. Trotzdem ändert sich nichts. Foto: European People's Party | Lizenz: CC BY 2.0

passten BIP-Beitrag und berücksichtigt die Kosten der übrigen 20,5 Millionen Migranten, einschließlich der Wohnraumkosten durch Zuwanderung, um den Wohlstandsverlust für die deutsche Bevölkerung zu zeigen. Direkte Kosten stützen sich auf Freis Aussage, indirekte Kosten auf eigenen Schätzungen aus öffentlich verfügbaren Daten.

Direkte Kosten der nicht arbeitenden Migranten

Von den 25 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland sind etwa 4,5 Millionen nicht arbeitend und

erhalten staatliche Unterstützung, z.B. Bürgergeld, Wohn- und Heizkosten. Basierend auf Freis Aussage, dass 100.000 Personen 2,5 Milliarden Euro jährlich kosten, ergeben sich für die 4,5 Millionen direkte Kosten von 112,5 Mrd. Euro

Indirekte Kosten der nicht arbeitenden Migranten

Die 4,5 Millionen nicht arbeitenden Migranten verursachen zusätzliche indirekte Kosten, die auf eigenen Schätzungen aus öffentlich verfügbaren Daten basieren. Diese umfassen:

Bildung: Sprachkurse und Förderklassen für Kinder: 3,6-5,4 Mrd. Euro.

Fachkräfte: Zeit von Lehrern, Ärzten und Beamten, die für Betreuung gebunden ist: 2,7-4,5 Mrd. Euro.

Polizei und Gerichte: Asylverfahren und Kriminalitätskosten: 1,8-2,7 Mrd. Euro.

Gesundheitswesen: Psychologische Betreuung und erhöhte Krankenhausnachfrage: 3-5 Mrd. Euro.

Verwaltung: Beratung und Anti-Diskriminierungsmaßnahmen: 3-5 Mrd. Euro.

Sicherheitsmaßnahmen: Schutz und Prävention: 1,8-3,6 Mrd. Euro.

Produktivitätsverluste: Sprachbarrieren binden Fachkräfte und reduzieren deren Produktivität: 2-4 Mrd. Euro.

Wohnraum: Der Bau von 20 m2 Wohnfläche pro Person zu 5.500 Euro/m2 kostet 110.000 Euro pro Person. Die Finanzierung (3,5 Prozent Zinsen, 2 Prozent Tilgung, 2,5 Prozent Unterhalt) ver-

ursacht jährliche Kosten von 8.800 Euro pro Person (39,6 Mrd. Euro). Nach Abzug der in den direkten Kosten enthaltenen Mietkosten (7.200 Euro pro Person, 32,4 Mrd. Euro) ergeben sich Nettomehrkosten von: 7,2 Mrd. Euro. Die indirekten Kosten für die 4,5 Millionen betragen insgesamt: 37,7 Mrd. Euro.

Verpasster Wirtschaftsbeitrag der nicht arbeitenden Migranten

Die 4,5 Millionen nicht arbeitenden Migranten verursachen direkte und indirekte Kosten von: 150,2 Mrd. Euro (3,6 Prozent des BIP von 4,18 Billionen Euro). Zudem leisten sie keinen Beitrag zur Wirtschaft. Bei einem BIP pro Kopf von 49.762 Euro (4,18 Billionen Euro ÷ 84 Millionen Einwohner) könnten sie theoretisch 223,9 Milliarden Euro beitragen, wenn sie arbeiten würden: 223,9 Mrd. Euro (5,35 Prozent des BIP).

Zusammen mit den tatsächlichen Kosten (150,2 Mrd. Euro) ergibt sich ein Gesamtverlust von: 374,1 Mrd. Euro (8,95 Prozent des BIP).

Für die übrige Bevölkerung (84 Mio. minus 4,5 Mio. = 79,5 Mio.) bedeutet dies einen Wohlstandsverlust von: 4.706 Euro pro Kopf jährlich.

Indirekte Kosten der übrigen Migranten

Die übrigen 20,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, einschließlich naturalisierter Deutscher, verursachen indirekte Kosten durch die Nutzung von Infrastruktur, Bildung, Gesundheitswesen und anderen Dienstleistungen, auch wenn viele arbeiten. Diese Kosten, basierend auf eigenen Schätzungen und dem Bevölkerungsanteil (24,4 Prozent), betragen: 125,6 Mrd. Euro. Die Aufschlüsselung umfasst:

Infrastruktur: Verkehr, Schulen, Kitas: 20-30 Mrd. Euro.

Bildung: Schüler mit Migrationshintergrund: 15-20 Mrd. Euro.



Die Migrationspolitik kostet uns Deutsche jährlich etwa 500 Milliarden Euro.

Gesundheitswesen: Erhöhte Nachfrage: 223,9 Mrd. Euro (verpasster BIP-Beitrag) = 374,1 Mrd. Euro.

Fachkräfte: Lehrer, Ärzte, Beamte: 10-15 Mrd. Euro.

20,5 Mio. übrige Migranten: Indirekte Kosten: 125,6 Mrd. Euro.

Polizei und Gerichte: Kriminalität und Verwaltung: 5-8 Mrd. Euro.

Gesamt: 374,1 Mrd. Euro + 125,6 Mrd. Euro = 499,7 Mrd. Euro (11,95 Prozent des BIP). Für die übrige Bevölkerung (84 Mio. minus 25 Mio. = 59 Mio.) ergibt sich ein Wohlstandsverlust von: 8.470 Euro pro Kopf jährlich.

Verwaltung: Beratung und Programme: 5-8 Mrd. Euro.

Produktivitätsverluste: Sprachbarrieren: 5-10 Mrd. Euro.

Wohnraum: Finanzierungskosten für 20,5 Mio. (180,4 Mrd. Euro) minus Mietkosten (147,6 Mrd. Euro): 32,8 Mrd. Euro. Zusätzlich verursacht die durchschnittliche Nettozuwanderung (545.000 Personen jährlich, 2014-2023) einen Wohnraumbedarf von 10,9 Mio. m² (20 m² pro Person) zu 5.500 Euro/m², was 59,95 Mrd. Euro Investition und 4,8 Mrd. Euro jährliche Finanzierungskosten ergibt: 4,8 Mrd. Euro.

Bezieht man die Kosten auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ca. 39,8 Prozent, 33,4 Millionen Personen), die sich selbst versorgen, ist die Belastung deutlich höher: 14.961 Euro pro Kopf jährlich.

Die Gesamtindirekten Kosten für die 20,5 Millionen betragen: 125,6 Mrd. Euro.

Schlussfolgerung

Die Aussage von Thorsten Frei in „Hart aber fair“ vom 15. September 2025, dass 100.000 nicht arbeitende Personen 2,5 Milliarden Euro jährlich kosten, zeigt die enorme Belastung durch 4,5 Millionen nicht arbeitende Migranten.

Gesamtkosten und Wohlstandsverlust

Die Gesamtkosten setzen sich zusammen aus:

4,5 Mio. nicht arbeitende Migranten: 150,2 Mrd. Euro (direkt und indirekt) +

Diese verursachen direkte Kosten von 112,5 Mrd. Euro und indirekte Kosten von 37,7 Mrd. Euro (eigene Schätzungen), insgesamt 150,2 Mrd. Euro. Zusammen mit dem verpassten BIP-Beitrag von 223,9 Mrd. Euro ergibt sich ein Verlust von 374,1 Mrd. Euro (8,95 Prozent des BIP), was für die übrige Bevölkerung (79,5 Mio.) 4.706 Euro pro Kopf jährlich bedeutet.

Endlich Klarheit in Sachen Rente: Gearbeitet wird bis 73



Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (52, CDU) steuert die Rente mit 73 an. Foto Urheber: Ferracci Marc, Lizenz: gemeinfrei

► **Das deutsche Sozial- und Rentensystem ist nicht mehr zu bezahlen.** Die Boomer-Jahrgänge 1960 bis 1965 drängen nach und nach in eine Rente, die von einer zunehmend schwächelnden Volkswirtschaft mit immer mehr Beziehern sozialer Transferleistungen finanziert werden soll. Die Rechnung geht nicht mehr auf. Also muss länger gearbeitet werden, sagt Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (52, CDU).

Die Ministerin hat einen wissenschaftlichen Beraterkreis zusammengerufen, der Vorschläge erarbeitet, wie es weitergehen soll. Der Kreis besteht aus Prof. Justus Haucap (56, Uni Düsseldorf), Prof. Stefan Kolev (44, Ludwig-Erhard-Forum), Prof. Volker Wieland (59, IMFS Frankfurt) und der Wirtschaftsweisen Prof. Veronika Grimm (54, TU Nürnberg). Am 6. Oktober 2025 ging die hochkarätige Runde mit einem Ergebnis an die Öffentlichkeit. Das Fazit der Experten lautet: das reguläre Rentenalter soll von 65 auf 73 angehoben werden. Das berichtet die „Bild“-Zeitung.

Begründung:

„Wir werden mehr arbeiten müssen, wenn wir den Umfang der Sozialversicherungen bewahren wollen, ohne zeitgleich den nachfolgenden Generationen noch mehr Lasten zu hinterlassen. Das Renteneintrittsalter muss an die Lebenserwartung gekoppelt werden.“

Die politische und ökonomische Gemengelage, die zu dieser Situation hingeführt hat, ist geprägt von rückläufigen Geburtenraten, mehr Zuwanderung, absinkender schulischer und beruflicher Qualifikation, absinkender Produktivität und mehr Armut.

Die auch für Otto Normalverbraucher spürbaren Auswirkungen des lange schon anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Niedergangs Deutschlands erreichen damit eine wahlentscheidende Bevölkerungsgruppe: Die Rentner. Gut möglich, dass die Rente mit 73 der Tropfen ist, der das Fass der politischen Unzufriedenheit im Lande endgültig zum Überlaufen bringt!

„Spiegel“-Autoren wittern 12,5 Prozent „Faschisten“

► Zwei Autoren des „Spiegel“ haben die Soziologen Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey interviewt und das Gespräch veröffentlicht unter der Überschrift: „Die Faschisten von heute wollen Wahlen gewinnen. Gleichzeitig genießen sie Grausamkeit und Gewalt.“ - Kernthese der „Forschungsergebnisse“ ist die Behauptung der beiden Autoren, rund 12,5 Prozent aller Deutschen seien „Faschisten“. Ihr Antrieb sei „Zerstörungslust“, behaupten die Autoren:

„Faschisten“ erkennt man den Angaben zufolge so:

„Diese Menschen wollen eine Demokratie für die sogenannten Normalen und Einheimischen.“

„Unsere Gesprächspartner hatten das Gefühl, dass sich die Ressourcen verknappen, dass der eigene Wohlstand langsam Risse im Putz bekommt.“

„Es hat sich alles verschlechtert“ war der Satz, den wir in unseren Interviews am häufigsten hörten.“

Wer so denkt, gilt für den „Spiegel“ & Co. als „Faschist“, oder, anders formuliert: als politischer Verbrecher, der zerstören will.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,
Aktenzeichen VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von EUR 60,00 jährlich enthalten.



Der Asylbewerber von Neuffen war schon mehrfach nackt im Ort unterwegs und bislang nicht zu stoppen, weil seine Vergehen keinen Haftbefehl rechtfertigen. Dieses Foto eines Anwohners wurde in der „Bild“-Zeitung veröffentlicht.

Polizei machtlos?

„Ein Mann“ hält Kleinstadt in Atem

Seit Monaten hält ein 36-jähriger Mann die baden-württembergische Kleinstadt Neuffen (6.100 Einwohner) in Atem. Er spaziert trotz des herbstlichen Wetters nackt durch den Ort, schlägt auf Fahrzeuge ein und attackierte einen älteren Herrn, der ihn zu rechtzuweisen versuchte. Das berichtet die „Bild“-Zeitung.

Strafrechtlich ist das, was der psychisch kranke Asylbewerber aus Afrika tut, als Exhibitionismus, Sachbeschädigung und (einfache) Körperverletzung zu werten. Genug für diverse Strafverfahren, nicht aber für eine sofortige Inhaftierung. Ihm droht eine Geldstrafe von einigen tausend Euro.

Zu einer Verurteilung kann es frühestens nächstes Jahr kommen. Dann wird die Eintreibung der Geldstrafe mangels wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit

PSYCHIATRIE, WOHNGRUPPE, BEWACHUNG

36.000 Euro: So viel kosten aggressive Adoptivkinder aus Herdecke pro Monat



Die beiden Adoptivkinder von Herdecke kommen den Steuerzahler teuer zu stehen. Sie müssen in einer abgeschotteten Wohngruppe rund um die Uhr betreut und überwacht werden. Ihr Strafverfahren nach Jugendrecht wird sich jahrelang hinziehen.

nicht gelingen. Danach steht eine Ersatz-Freiheitsstrafe an. Einsitzen wird er frühestens 2027, wahrscheinlich aber eher 2028. Falls er vorher nicht abgeschoben wird.

Bis dahin kostet er den deutschen Steuerzahler jeden Tag Geld. Im Falle seiner Einweisung in die Psychiatrie wären die Kosten monatlich fünfstellig. Das sind sie auch bei den Kindern der Bürgermeisterin von Herdecke, die ihre Mutter gefoltert und fast umgebracht haben. Deren Einweisung in eine Anstalt kostet uns alle ab sofort monatlich rund 36.000 Euro.

Diese spektakulären Fälle sind allerdings nur die Spitze des Eisbergs der Zuwanderungskosten. Die belaufen sich insgesamt auf 500 Milliarden Euro jährlich. - Wie lange können und wollen wir uns das noch leisten?

Die übrigen 20,5 Millionen Migranten verursachen indirekte Kosten von 125,6 Mrd. Euro (eigene Schätzungen, inkl. 4,8 Mrd. Euro für Wohnraum durch jährliche Zuwanderung). Insgesamt belaufen sich die Kosten auf 499,7 Mrd. Euro (11,95 Prozent des BIP), was einen Wohlstandsverlust von 8.470 Euro pro Kopf jährlich für die übrige Bevölkerung (59 Mio.) bedeutet.

Für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (33,4 Mio., 39,8 Prozent der Bevölkerung) beträgt die Belastung 14.961 Euro pro Kopf jährlich - etwa 46 Prozent ihres Nettoeinkommens (ca. 32.000 Euro).

Die hohen Kosten der Migration führen zu einer katastrophalen wirtschaftlichen Belastung, die die eigene Bevölkerung, insbesondere die arbeitende Mehrheit, an den Rand der finanziellen Leistungsfähigkeit bringt.

Diese Zahlen zeigen unmissverständlich: Die aktuelle Migrations- und Altruismuspolitik treibt Deutschland an die Grenze seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Ohne radikale Gegenmaßnahmen wird der Wohlstand der Bevölkerung nicht nur stark geschmälert, sondern langfristig gefährdet. Werden die bisherigen Ausgaben nicht sofort gestoppt oder drastisch reduziert, droht Deutschland, innerhalb weniger Jahre finanziell in eine Krise zu geraten, die den Wohlstand ganzer Generationen zerstören kann. Die ökonomische Realität lässt keinen Spielraum für ideologische Experimente: Die Kosten dieser Politik sind konkret, messbar und erschütternd hoch.

Der Haushalt der Bundesregierung für das Jahr 2025 beläuft sich auf rund 500 Milliarden Euro. Davon entfallen bereits 175 Milliarden Euro auf Neuverschuldung, die aufgenommen werden muss, um den Haushalt überhaupt zu finanzieren. Diese Zahl verdeutlicht, welcher gigantischer Teil des Haushalts durch Schulden gedeckt werden muss und unterstreicht die im Aufsatz zuvor analysierte Belastung des Wohlstands in

**Gerne liefern wir Ihnen SIGNAL vier Mal im Jahr mit der Post. Bitte hier anfordern:
www.signal-online.de/zeitschrift**



Die Migration nach Deutschland ist immer dann keine Erfolgsgeschichte, wenn sie über das Maß der Integrationsfähigkeit hinausgeht.

schulden in Höhe von derzeit etwa 2,4 Billionen Euro haben sich seit Bestehen der Bundesrepublik angesammelt und bilden die historische Grundlage für die aktuelle Finanzlage. Werden die bisherigen Ausgaben, die unter anderem durch Migration und andere altruistische politische Maßnahmen verursacht werden, nicht radikal verändert, ist zu erwarten, dass auch in den kommenden Jahren Schulden in gleicher Höhe oder noch höher aufgenommen werden müssen. Bereits jetzt fehlen laut neuesten Einschätzungen rund 30 Milliarden Euro, um die laufenden Verpflichtungen zu decken. Bei einer Verzinsung von aktuell 3,5 Prozent würde eine jährliche Neuverschuldung von 175 Milliarden Euro dazu führen, dass die Staatsschulden in zehn Jahren auf rund 5,44 Billionen Euro steigen - mehr als eine Verdoppelung. Diese Entwicklung zeigt, dass der Wohlstand Deutschlands systematisch verbraucht wird - nicht nur von der einheimischen

Bevölkerung, sondern auch von all denen, die sich bewusst dazu entschieden haben, daran teilzuhaben.

Die anhaltend hohen Ausgaben, die stetige Neuverschuldung und die wachsende Zinslast zeigen unmissverständlich: Ohne sofortige, tiefgreifende politische Gegenmaßnahmen wird die wirtschaftliche Eigenverantwortung der Bevölkerung nicht nur massiv gefährdet, sondern der derzeitige Wohlstand rasch in den Abgrund geführt.

„Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht; denn solchen gehört das Himmelreich“ (Matthäus 19,14) - so wertvoll die Botschaft über Unschuld und Vertrauen auch ist, zeigt sie doch nicht, dass jeder in Deutschland das Recht hätte, den Wohlstand des Landes zu verzehren; wirtschaftliche Realität und staatliche Verantwortung machen klare Grenzen erforderlich.